

Leipziger Tageblatt

und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 191.

Freitag 12. Juli 1907.

101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* König Friedrich August empfing gestern mittag den neu ernannten britischen Ministerresidenten Mr. Massie und den General Hindon zur Übergabe eines Regierungsschreibens des Staatsministers Grafen Hohenlohe in feierlicher Audienz. Nachmittags wurde der Ministerresident auch von dem Prinzenpaar Johann Georg in feierlicher Audienz empfangen.

* Die Tochter "Irina" war am Abend des 10. Juli bei Kaiserin Auguste Victoria, Prinzessin Victoria und Prinzessin Luise statteten dem Schloss Kinsky einen Besuch ab.

* Die Dienstordnung wurde auch vom Magnatenhause angenommen, nachdem die Kroaten den Saal verlassen hatten. (S. Ausl.)

* Der Sultan Abdül Aziz will in Person gegen Moizuli zu Felde ziehen. (S. Ausl.)

Die Revisionisten
und die Wahlrechtsreform.

Aus Dresden schreibt unser Rg-Korrespondent: Als erste von den sächsischen Parteien erscheinen die Konseren auf dem Platz, um zu der Wahlrechtsvorlage der Regierung Stellung zu nehmen und ihre Schlachtdruck für den Wahlkampf der durch die Veröffentlichung der Regierungsvorlage geschaffenen Lage anzupassen. In einer vom Konsernen Verein zu Dresden einberufenen Versammlung im Palmengarten, demselben Ort, in dem vor einiger Zeit durch die Programmrede des Oberbürgermeisters Beutler der konserne Reaktionismus ins Leben gerufen wurde, hielt, wie wir schon berichteten, der Landtagsabgeordnete Behrens am Mittwoch abend eine Rede, die, wie wir annehmen müssen, nicht nur seine eigene Stellungnahme, sondern auch die des Dresdner konsernen Vereins festlegen sollte. Trotzdem kann man keineswegs von einer Stellungnahme der sächsischen Konsernen zu der Hohenbausch'schen Wahlrechtsvorlage reden, denn sicher werden die Ausführungen des Herrn Behrens, der sich in scharfer Gegenrede zu den Aussprüchen des Herrn Dr. Dietel in der "Dtsch. Tageszeit." zeigte, indem er

- 1) die Aufhebung des Unterschiedes zwischen ländlichen und städtischen Wahlkreisen als eine der bemerkenswertesten und unverkennbarsten Errungenheiten hinstellte, die der Regierungsentwurf dem Lande bringt;
 - 2) die Gewährung der 2. (Plural-) Stimme an alle diejenigen, die zwar kein Einkommen von 1600,- £ versteuern, aber zum Landeskulturrat wählberechtigt sind, nicht nur sie höchst erläuterte, sondern auf das allerstärkste bekämpfen will, weil sie dazu beitragen würde, den Einfluss der agrarischen Wähler in der II. Kammer ganz unverhältnismäßig zu erhöhen; und
 - 3) Bedenken gegen die hohe Zahl der von den Kommunalverbänden zu wählenden Abgeordneten äußerte,
- in konsernen Kreisen auch starker Widerspruch finden.

Nach dem von uns bereits vorbergegebenen Neuerungen der "Deutschen Tageszeitung", die immer noch großen Einfluss auf den agrarischen Flügel der sächsischen konsernen Partei besitzt, und nach den Neuerungen sächsischer konsernen Blätter, des "Chemnitzer Tagesblatts", des "Böhmischen Tagesschriften", kann man nicht annehmen, daß Herr Behrens für die ganze Partei gesprochen hat. Eines sicherer Schluss auf die Stellungnahme der Konsernen wird man erst ziehen können, wenn die Herren gesprochen haben, die bisher in der sächsischen konsernen Partei das große Wort geführt haben.

Die Herren Mehnert und Opitz haben jetzt das Wort!

Es liegt eine Kriegserklärung vor, die der Antwort harrt, eine Kriegserklärung, die nicht nur von dem Abgeordneten Behrens und den ihm nahestehenden Politikern unterstrichen ist, sondern hinter der auch die politischen Freunde des Herrn Regierungsrats von Rositz stehen. — Freunde, die in den höchsten Kreisen der Regierung zu suchen sind. Herr von Rositz hat es gewagt, dem ungeliebten König von Sachsen das bittere Wort vor der Regierung zu sagen. Einem sicherer Schluss auf die Stellungnahme der Konsernen wird man erst ziehen können, wenn die Herren gesprochen haben, die bisher in der sächsischen konsernen Partei das große Wort geführt haben.

Größt, das Vertrauen des Volkes in den konsernen Gedanken ist schwer erschüttert. Kommt das aber anders kommen, wenn — wie zitierten wieder die Worte des Herrn von Rositz — „Erfüllte auf den Gang der Staatsmaschine sich geltend machen, die von seinem Rechtmittel gestellt werden, und deren Träger kein Amt hatten, das sie zu diesem Einfluss berechtigt hätte.“

Was wird Herr Mehnert zu dieser herzerfrischenden Offenheit sagen? Wird er sich auch fernerhin in rüttelhaftes Schweigen bauen, in der Hoffnung, dadurch die Spaltung der Partei zu verhindern, die wie schon seit Monaten kommen sahen, während andere Blätter sich durch freudenschalmie von Seiten einschüren ließen, die sonst das Gras machen hören, die bei anderen Parteien kleine Meinungsverschiedenheiten über nebensächliche Einzelheiten als „tiefgehende Spaltungen“, „anbauende Herrlichkeit“ und dergl. zu bezeichnen pflegten. Es muss tatsächlich bestreben ergehen, wenn die Wortschäfer der Rechtskonservativen, die im Landtag selbst eine so breite Sprache finden, die die Gesetzesgebungsmaschine kraft der durch das Wahlrecht von 1896 ihnen zugeschaffenen Majorität so gefügt und dabei so brutal zu ihren Genuen angewendet haben, seit Monaten schweigen, während alle anderen Parteien offen und ehrlich zu den großen Tagesfragen Stellung nehmen, — nicht zuletzt ihre ehemaligen Parteigenossen, die konsernen Reaktionisten.

Der Ausdruck der sächsischen Regierung aber — das muß man darüber erkennen — tritt immer klarer zutage. In der Versammlung im Palmengarten, in der Oberbürgermeister Beutler mit seinen Vorschlägen zur Revision des konsernen Parteidoktrins beworben, hielt Herr von Rositz die berühmte Ansprache, in der er zum starken Erstaunen seiner Gehörten erklärte, mit dem Autoritätsprinzip allein lasse sich das moderne Staatswesen nicht zusammenhalten — bei der

Entscheidung der Grundzüge seiner Wahlrechtsreform ländigte Graf Hohenlohe an, er sei entschlossen, den Kampf auszuführen und verzweigt auf die Hilfe seines Königlichen Herrn, der ihn auf diesen Posten berufen —, und jetzt wird der konserne Regierung ganz offen der Krieg erklärt. Da bleibt nur zu hoffen, daß die Regierung, wenn sie sieht, daß die Konsernen oder ein Teil der Partei für ihre Ermahnungen nur taube Ohren haben, auch den Mut zu entschlossener Handlung findet. Ob das der Fall ist, werden die Verhandlungen über den Entwurf zur Wahlrechtsreform zeigen.

Die Vereinigten Staaten
von Südafrika.

(Von unserem Londoner K-Korrespondenten.)

Parlament und Presse Englands sind noch einigermaßen auf den Mund geblieben und wagen keine ernste Kritik an Lord Selbournes Memorandum über die südafrikanische Föderationsfrage. Es hat nicht einmal eine Interpellation stattgefunden. Nur "The Daily Telegraph" gibt zu, daß das lange Projekt viele und peinliche Klippen vor sich hat. Ziegt mehr, denn ja, Welcher Art diese Klippen sind, deutet das vorliegende Organ des vorstehenden Diplomatisches aber nicht an. Heute die eigentliche Schwierigkeit, die hinter allen südafrikanischen Problemen trotz aller Erfüllung von Gut mit Briten immer wieder auftaucht, über den Widerstand gegen jene sich ästhetisch, wo nicht blau, so doch stamm, und doch pracht die Vorgründen des Südafrikanischen Memorandums laut genug für sich selbst. Jameon, der Held des "Raid" nach Dornrösch, gab die unmittelbare Veranlassung zu der Ablösung. Jameon war zu den Londoner Kolonialunterlagen mit der bestimmten Hoffnung gekommen, den Föderationsgedanken eine praktische Form annehmen zu wollen. Rial war ganz entgegengesetzt. Aber lange Beratungen mit Botha ergaben die Abschlußintention, durch direkte Verhandlungen zwischen den Kolonien an einer Vereinigung zu kommen. Botha verzog mit brutaler Offenheit den vornehmsten alten Burenstandpunkt, daß alle übrigen südafrikanischen Kolonien nur als Gönningemeinden für den Transvaal bezeichnende Eliten, Holländer und ihre Vertrakte, zu behandeln seien; und sie unter dieser Vorwürfe betont, daß der Transvaal in einem holländischen Teile nichts gegen die Föderation einzubringen. Das war, wie wir genau wissen, der von Botha in den Privatkonferenzen vertretene Standpunkt. Offen wurde dieser Standpunkt auf der Konferenz bei der Bekanntmachung der Gewährung von Vorzugsbehandlung an das Rautoland von Seiten der Südafrikanischen Kolonien bekannt. Botha protestierte gegen jede Prädiktionsregel der Handelspolitik des Transvaals, der von den südafrikanischen Kolonialverträgen unterstellt hat, wollte der Kolonie sogar die Möglichkeit vorbehalten wissen, zweitens Polizei gegen das Rauterland zu machen; fügte er beweise ich ganz in dem alten Burengeiste, daß, soweit handelspolitische Fragen zur Föderation stehen, eigentlich nichts ein portugiesisch-burisches war, nämlich von der Verwertung des Delagoa-Bahnhofs zur Ausbreitung aller südafrikanischen Handels, befreit.

Unter Krügers Verwaltung schwollen allein die ausschließliche auf Buren und Burengegenden vergebenen Gehälter der Staatsbeamten auf 42 Punds Sterling per Kopf der Bevölkerung bedarf der Bahn wenig. Die bauliche Nutzung belastete hier darauf, die Bahnratzen in hoch zu halten, daß die Einfuhr fremder Waren, namentlich Lebensmittel, nur zu Teneringspreisen stattfinden konnte; alle mögliche trieb mittels der Delagoabahn Schutz- und Steuerentlastungspolitik. Bei Probst, die den Buren nicht interessierten, wurde eine Tarifpolitik verfolgt, welche den Bahnen der anderen Kolonien den Alten megnahm und speziell die natürliche Entwicklung der Eisenbahnen in Natal und Cape Colony unterband. Nach dem Burenkriege haben sich die übrigen Kolonien zu wehren begonnen; die englische Transvaalverwaltung jüngte den Eisenbahntrieb herzustellen, mußte aber, um ihr Budget in Ordnung zu halten, natürlich es meistens bei alten lassen, wenn zu Wiliams Großtrotz auch die betriebliche Reorganisation der Bahnen in Transvaal und der Orange-Rivierkolonie gehört.

Das Eisenbahnbau ist heute schwärmend daran, daß Natal hat das Beispiel des Transvaals nachahmt. Die Cape Colony ist bei diesem Kampf der Eisenbahnträge. Deutsche führen in den neuzeitigen Jahren die Eisenbahnwirtschaft des Holländerelementes unerträglich auf Hand und Lebenshaltung der Europäer und verschärft besonders das Arbeitserproblem der Industrien, so hat diese unerträgliche Auflösung der Staatsfinanzen, die ursprünglich Holländisch ist, die Dauer und Fortdauer des Burenkriegs noch dem Kurenkrieg veranlaßt. Die progressistische Kapregierung hat Ihnen im Vorjahr mit dem Abbruch der Eisenbahnbesitzungen in Natal und dem Transvaal gedroht; jetzt und die Dinge wieder auf demselben Punkt angegangen. Es ist eine elige Konferenz zur Abwendung des Kurenkriegs zu erwarten; aber niemand glaubt an eine brauchbare Lösung auf dem Wege der Föderation, das kommt zu Kolonie. Das soll Union dabei rein auf dem Papier steht, liegt auf der Hand. Lord Milner hat diese Aktion voran; er sucht befürchtend zu wirken, bis die allgemeine Situation für eine Lösung in großerem Rahmen eingängig werde. Sein Radjoch über Selborne hat sich erst allmählich zu Wiliams Antlitz durchgerungen. Das Ergebnis seiner neuen Überzeugungen ist Selbournes Memorandum, das die Lösung aller großen südafrikanischen Fragen nur auf dem Wege der Föderation, durch die Beratungen eines gemeinsamen Parlaments aller Kolonien für möglich und die Schaffung dieser Union für das dringendste Erfordernis der Stunde erklärt; ohne die Föderation aber eine schwer politische Krise in Aussicht stellt.

Selbournes Memorandum hat das Verdienst, in einem kritischen Augenblick alle die Argumente, die für die Union sprechen, in kläffender Weise zusammengefaßt zu haben. Ob es aber einen eigentlichen Fortschritt für die Verwirklichung der Föderation bedeutet, erscheint doch zweifelhaft. Die Optimisten legen großes Gewicht darauf, daß Wiliams Molan, ein Bündnispartner im Kappelament und der Engländer Jameson, um die Ablösung des Memorandums angeklungen hat. Einige vage Hoffnungen, die man daran knüpft mag, müssen völlig hinter der Erklärung zurücktreten, die in zweiter Stunde von der Transvaalregierung zum Memorandum abgesegnet worden ist, daß nämlich die Vorteile der südafrikanischen Kooperation auf Roomburg ausgeschöpft werden müssen". Der Transvaal hält an seiner britischnationalen Wirtschaftspolitik fest und wird also auf dem Verhandlungswege nur dann für die Föderation zu haben sein, wenn Südafrika seine Unabhängigkeit unter seine Hegemonie gestellt werden. Was aber heißt die Hegemonie des Holländerelementes in ganz Südafrika zu beobachten, zu deren Vereitung Jameon, der Urheber des Memorandums, seinen Rad unternommen und England seit den jüngsten Jahren Blut und Gold bis zur nationalen Erstickung des Rautelandes aufgewandelt hat. Die britischen Afrikaner wollen die Föderation, um englische Verwaltungsprinzipien und Kultur in ganz Südafrika zur Anwendung zu bringen. Die Afrikaner wollen die Föderation, um ein von England nur noch nominell abhängiges, holländisches Unionsgesetz zu erhalten. Dieselben Holländer, die jetzt das Memorandum Selbournes missverstanden haben, widerstehen sich Alfred Beit 1896, nach dem Rad, um ihm die Vereinigung Südafrikas ohne Krieg anzubieten, aber England sollte nur eine

Festungstation in Simonstown und eine militärische Position in Natal behalten. Beide aber lehnte ab, denn er wußte, was ein holländisch vermaultes Südafrika bedeutet haben würde. Unter Landmann Carl Borlengen, der Siebler von Bloemfontein, bot Rhodes die Führung des Afrikaner und die Vereinigten Staaten von Südafrika an, unter einer Bedingung: Südafrika müßt unabhängig sein von aller Welt. Rhodes, dessen höchster Traum die Union war, lehnte ab. Der erste, energische Versuch Englands, die Föderation herzustellen, von den Toren unter Lord Carnarvon und seinem Gefolgen gründete unternommen, hatte die Absehung des Präsidenten Burgers, die Annexion der südafrikanischen Republik und den Kalifkrieg zur Folge. Der zweite halbherige Versuch, von Gladstone halbherzig und Sir Bartle Frere mit zwei Füßen unternommen, endete bei Majuba-Hill. Der dritte Versuch verlor die Föderation und blieb durch die Wiederererbung des englischen Liberalismus zur Leitung der Menschenrechte auf halbem Wege stehen. Der Unionstag steht wieder da, wo er vor dem Schlußvertrag von Port Elizabeth zwischen Transvaal und Orange-Reich 1884 stand. Das Selborne-Memorandum ist die legte große alle anderen zusammenlaufende Frage, ob die Union der beiden Räumen in allen Kolonien Südafrikas überhaupt in der Gegenwart auf friedlichem Wege möglich ist.

Deutsches Reich.

Leipzig 12. Juli.

* Kaiser Wilhelm als dänischer Admiral. Es dat in Copenhagen einiges Aufsehen erregt, daß der "Verein dänischer Marineoffiziere" keinen Admiral zum Ehrenpräsidenten ernannt hat. Demnächst dat es noch einen Telogramm der "Frankl. Blg." folgende Bekanntmachung: Während der Berufung des Kaisers am dänischen Hof im Jahre 1900 wurde er vom alten König Christian zum wirklichen Admiral in der dänischen Flotte ernannt, während sonst ausländische Kürschleifen nach alter förmlichem Brauch nur militärische Ehrentitel erhalten, so wie z. B. König Edward Grenobert der Königlich dänischen Gardehusaren ist. Von Kaiser Wilhelm wirklicher dänischer Admiral geworden ist, war es selbstverständlich die angenehme Pflicht des Marineoffiziersvereins, ihm die Möglichkeit zu geben, den Verein zu besuchen, und daher wurde ihm das Ehrenpräsidium übertragen.

* Zur Wiener Reihe des Reichstags wird der "T. R." von unterschiedlicher Seite geschrieben: Die Aussage, daß Fürst Béni Ende September dem Minister des Äußeren Freiherrn von Ahrenthal in Wien seinen Gegenbeitrag abstellen werde ist im beginn auf den angekündigten Zeitpunkt ungünstig. Der Reichstagsler wird in diesen Herbst vermutlich noch nicht in der Lage von, die geplante Wiener Reihe zu unternehmen.

* Handelsfuhr und Krankenversicherungspflicht. Die "Sonnenbergsche Zeitung" erläutert, wie ein Privattelegramm aus Sonnenberg meldet, daß der Gelehrte über die Krankenversicherungspflicht in der Handelsfahrt nach seiner Erfüllung, bevor er dem Reichstag zugeht, mit Vertretern der Handelsindustrie und der Handelskammer durchberaten werden soll.

* Der deutsche Lehrerdienst hat an die zuständige Behörde eine Eingabe getrichtet, wonin darum nachgefragt wird, im Interesse des Ansehens der Volksschule und des Lehrerdienstes die Bestimmung des § 34 des deutschen Reichsverfassungsgesetzes vom Jahre 1879 zu befestigen, wonach Volksschullehrer von dem Ehrenamt eines Schöffen und Wehrwachtmeisters ausgeschlossen sind. Durch die jegige Ausnominierung der Volksschullehrer würden diese in der Richtung des Wehrwachtmeisters und Wehrwachtmeisters teilenden Publikums bezabreit. Neben dieser idealen Seite der Frage kommt noch eine praktische in Betracht: die Heranziehung der Lehrer zum Richteramt übertrugt wurde ein der Mittel sein, dem Mangel an Schöffen und Geschworenen, der sich immer mehr geltend macht, abzuheben.

* Der "katholische Geheimbund". Es ist hochinteressant und amüsant zu sehen, wie das Vorzeichen des Befreiung gegen den angeblich so kirchenseitlichen "katholischen Geheimbund" auf die — Zentrumspresse in Deutschland wirkt. Die "Germania" weßt darüber, daß selbst die Namen von Rechtsabgeordneten, die mit dem Geheimbund in Verbindung gebracht wurden, nicht davon geschützt haben, in ihm etwas Kirchenseitliches zu sehen. Was übrigens nicht wundern sollte, wenn nicht einmal die Namen von Bischöfen vor diesem Argwohn bewahrt haben! Die "Königliche Volkszeitung" aber, deren Chefredakteur mit unter die "unverläßlichen Katholiken" geraten ist, sucht abzuwiegeln, indem sie betont, gegen den Plan einer katholischen Laienorganisation sei inzwischen schon Widerstand regt geworden. Gleich aber verschärft alle klerikalen Blätter, daß es sich nicht um etwas Abgeschlossenes, sondern nur um eine in der Vorbererung befindliche Sache gehandelt habe; und daß vor allem die Börres-Gesellschaft und deren Vorsteher Freiherr v. Hartling an der Sache ganzlich unbeteiligt seien. — Vermehrt sei dazu, daß die Vorbererungen doch schon etwas weit gegangen waren. Mehrere Altenküsse zeugen davon. Das erste, welches die schon mitgeteilte Petition gegen die Integregation enthielt, das zweite, ebenfalls erwähnte, welches die Gewebsalbung als Pflichtpflicht auferlegt, das dritte Dokument läßt, wie die "R. R. R." mitteilen, die "Basis der Organisation" vor. Ihre Ziele lauten wie folgt: a. Die Organisation einer Bittschrift über den Endz der verbrech. Recht. Werke, die an Se. Heilige Papst Pius X. und an den Episkopat der Länder deutscher und englischer Sprache gerichtet wird; b. die Schaffung einer Organisation auf Grund der Unterkirchen in permanenter Ausübung des durch die Bittschrift vollbrachten Werks und der in den Unterkirchen ausgeübten Gemeinschaft. Betont wird auch, daß die Bittschrift auf der Basis der Börres-Gesellschaft gründen will, die aber, wie oben bemerkt, samt ihrem Präsi-

denten nicht beteiligt ist. Die "Königliche Volkszeitung" geraten ist, sucht abzuwiegeln, indem sie betont, gegen den Plan einer katholischen Laienorganisation sei inzwischen schon Widerstand regt geworden. Gleich aber verschärft alle klerikalen Blätter, daß es sich nicht um etwas Abgeschlossenes, sondern nur um eine in der Vorbererung befindliche Sache gehandelt habe; und daß vor allem die Börres-Gesellschaft und deren Vorsteher Freiherr v. Hartling an der Sache ganzlich unbeteiligt seien. — Vermehrt sei dazu, daß die Vorbererungen doch schon etwas weit gegangen waren. Mehrere Altenküsse zeugen davon. Das erste, welches die schon mitgeteilte Petition gegen die Integregation enthielt, das zweite, ebenfalls erwähnte, welches die Gewebsalbung als Pflichtpflicht auferlegt, das dritte Dokument läßt, wie die "R. R. R." mitteilen, die "Basis der Organisation" vor. Ihre Ziele lauten wie folgt: a. Die Organisation einer Bittschrift über den Endz der verbrech. Recht. Werke, die an Se. Heilige Papst Pius X. und an den Episkopat der Länder deutscher und englischer Sprache gerichtet wird; b. die Schaffung einer Organisation auf Grund der Unterkirchen in permanenter Ausübung des durch die Bittschrift vollbrachten Werks und der in den Unterkirchen ausgeübten Gemeinschaft. Betont wird auch, daß die Bittschrift auf der Basis der Börres-Gesellschaft gründen will, die aber, wie oben bemerkt, samt ihrem Präsi-

denten nicht beteiligt ist. * Deutsches Beamtenauschus. Infolge eines Beschlusses des 2. Delegiertentages des Wahlverbandes der Liberalen hat sich fürlich ein liberaler Beamtenauschus in Berlin gebildet, dem auch den Vertretern der verschiedenen Beamtenklassen eine größere Anzahl Parlamentarier angehören. Der Ausschus hat es sich zur Aufgabe gestellt, sich über die Wünsche und die Lage der Beamten und Privatangestellten eingehend zu unterrichten, ein möglichst reichhaltiges Material zusammenzubringen und für eine wissenschaftliche Vertretung in den Parlamenten und Gemeinden zu sorgen. Es besteht die Absicht, diese Einrichtung in der Weise aufzubauen, daß in allen Orten, in denen sich liberale Vereine befinden, zur Unterstützung des Hauptausschusses besondere Unterausschüsse gebildet werden.

* Kaiser Wilhelm II. und König Edward VII. So lautet der Titel einer soeben im Verlag von Dr. Wedekind & Co. in Berlin erschienenen Schrift (A. 2., geb. A. 3.), deren Verfasser Regierungsrat Rudolf Martin ist. In dieser Schrift wird die zielbewußte Politik Englands namentlich unter Edward VII., den er den heimischen Kaiser Englands nennt, der vielfachen deutschen Politik gegenübergestellt. Die Folge der englischen Politik ist die Einführung Deutschlands, die nicht zu einem Krieg zu führen droht, aber Deutschlands Demokratia zu beweist. Der Verfasser fordert starke Rüstung Deutschlands